



Sicherheitslage im Bezirk Rostock

28. September 1961

Bericht Nr. 594/61 über die im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen der DDR aufgetretenen politisch-operativen Schwerpunkte im Bezirk Rostock

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 478, Bl. 55–67 (4. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, AG Anleitung und Kontrolle, Ablage.

I. Territoriale und objektmäßige Schwerpunkte

Im Bezirk Rostock gibt es eine Reihe territorialer und objektmäßiger Schwerpunkte, die sich durch verschiedene Formen der Feindtätigkeit und negativer Erscheinungen auszeichnen.

Kreis Grevesmühlen:

Dieser Kreis trat besonders in Erscheinung:

- *durch die Notwendigkeit der Sicherung der Staatsgrenze West.*
Der an der Staatsgrenze West gelegene Dassower See, Kreis Grevesmühlen gehört zu Westdeutschland und reicht mit seiner ca. 20 km lang Seegrenze bis weit in das Gebiet der DDR hinein. Dort können westdeutsche Personen bis unmittelbar an die umliegenden Dörfer des Sees herankommen.
- *durch staatsgefährdende Propaganda und negative Diskussionen:*
Im gesamten Kreis gab es nach den Schutzmaßnahmen stärkere Erscheinungen der staatsgefährdenden Propaganda bzw. feindliche Diskussionen. Dies zeigt sich im Besonderen in dem Ort Dassow und in Grevesmühlen selbst.
- *durch negative Konzentrationen von Personengruppen*
wie die ausgeschlossenen SED-Mitglieder, die sich im Tiefbauunternehmen *Bielke* zusammengefunden haben und negativ in Erscheinung treten.
- *durch tätliche Angriffe gegen Funktionäre der Partei und Angehörige der bewaffneten Organe.*
Im Ort Schattien, Kreis Grevesmühlen wurde der ABV tätlich angegriffen, und in der Gemeinde Lockwisch wurde die eingesetzte Nachtwache mit Latten und Messern bedroht.

Kreis Stralsund:

- *Dieser bildet einen Schwerpunkt durch die aufgetretenen Schmierereien von Hetzlosungen und aufgetretener Hetze.*
Bei den Schmierereien tritt vor allem die Stadt Stralsund am stärksten in Erscheinung. Diese traten an verschiedenen Tagen in mehreren Fällen auf.
Auch bei der Hetze tritt die Stadt Stralsund in den Vordergrund. Darüber hinaus gab es eine Reihe Angriffe gegen die Staatsgewalt. Innerhalb der Stadt bilden die Ärzte und med. Personal in Bezug der negativen Diskussionen eine Konzentration.

Volkswerft Stralsund:

Produktionsmäßig gibt es dort die größten Schwierigkeiten.

Dort wird zzt. ein neuer Schiffstyp – Tropic – zum Fischfang in warmen Gewässern gebaut. Es handelt sich um eine Neukonstruktion.

Abhängig ist die Schiffsindustrie speziell die Volkswerft Stralsund weiterhin für die Tropicsschiffe von der Lieferung von Fischverarbeitungsmaschinen aus Westdeutschland.

Der Nachbau dieser Maschine wird von der VVB Nagema zu schleppend durchgeführt.

- *Die Volkswerft ist auch in der Parteiarbeit ein Schwerpunkt.*
Die Werftleitung wurde drei- bis viermal gewechselt, die Sekretäre der Partei ebenfalls. Die Gewerkschaftsarbeit in der Werft ist die schlechteste von allen Werften.
- *Darüber hinaus gibt es eine Reihe Schmierereien und Hetze in der Volkswerft.*
In der mechanischen Werkstatt, der Gütekontrolle und der Abteilung Technologie gibt es Konzentrationen schwankender Auffassungen.
- *Einen weiteren Schwerpunkt bilden die kleinen und mittleren Betriebe, in denen vor allem negative Diskussionen zu verzeichnen sind.*
In der PGH »Elektro« Stralsund stimmten bei einer Abstimmung über die Beschlüsse der Regierung vom 13.8.1961 von 35 Anwesenden 25 dagegen.

Kreis Wolgast:

- *Es gibt besonders das rowdyhafte Auftreten, Hetze und Tätlichkeiten in den Zeltplätzen des Kreises.*
Dieses rowdyhafte Auftreten, die Hetze und Tätlichkeiten in den Zeltplätzen des Kreises Wolgast wurden vor allem von Jugendlichen verübt
- Die 16 inhaftierten Jugendlichen, die mit dem Motorschiff »Binz« - r-flüchtig werden wollten, zelteten im Kreis Wolgast. ¹
- *Darüber hinaus tritt die Peenewerft Wolgast als Schwerpunkt in Erscheinung.*
In der Peenewerft gibt es Schwierigkeiten, die mit bedingt sind, da diese Werft nicht der VVB Schiffbau, sondern der UNIMAK untersteht. Schwierigkeiten in der Produktion der Peenewerft entstehen vor allem durch mangelhafte Leitungstätigkeit und der nicht bedarfsgerechter Zulieferung der Zubringerindustrie, besonders des VEB Kranbau Eberswalde.
Rückstände in der Lieferung von Kränen gab es bis zu 1½ Jahren. Es lagen zum Teil bis zu 18 Schiffskörper am Ausrüstungskai und konnten nicht fertig gebaut werden. Darüber hinaus gibt es in der Peenewerft eine Reihe von Schmierereien und Hetze.

Kreis Wismar:

- *Dieser Kreis bildet einen Schwerpunkt in der Nichterfüllung der tierischen und pflanzlichen Produktion.*
Als Mangel hat sich zum Beispiel im Kreis Wismar (2. vollgenossenschaftlicher Kreis im DDR-Maßstab) der Zusammenschluss zu großen L ohne genügende Voraussetzungen dazu zu schaffen, herausgestellt.
- Es wird zum jetzigen Zeitpunkt als schädlich eingeschätzt, wenn Vertreter des Staatsapparates, vor allem der Abt. Dorfplanung bei der Regierung noch bis vor ein paar Tagen in den Dörfern versuchen, Groß-LPG zu bilden, obwohl ungenügende Voraussetzungen in den jeweil LPG vorhanden sind. Von diesen wurde nicht verstanden, dass die Festigung und Stärkung der vorhandenen LPG die vordringlichste Aufgabe
- Darüber hinaus gab es im Kreis Wismar eine größere Anzahl Viehvergiftungen sowie schlechte Pflege und Betreuung der Viehbestände.
- Kennzeichnend für die politische Haltung einiger mittlerer Kader in der Landwirtschaft zu den Schutzmaßnahmen ist der Ausspruch des Angestellten Schmidt vom VEB Groß-Stieten, Mitglied des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Land und Forst: »Juristisch haben wir keine Ursache für diese Maßnahmen, das ist Sache der Siegermächte, das hat mir selbst ein Kollege vom Zentralvorstand zugebilligt.«

Kreis Ribnitz-Damgarten:

- *Dort gab es rowdyhaftes Auftreten, Hetze und Tätlichkeiten besonders von Jugendlichen auf den Zeltplätzen des Kreises.*
Darüber hinaus traten negative bzw. feindliche Auffassungen besonders in den Kreisen der Handwerker und Gewerbetreibenden auf. Hier war das Hauptargument, man hat uns unsere Freiheit genommen, wir können nicht mehr nach Berlin fahren.
Desgleichen ist besonders unter den Bauern der Gemeinde Eixen ein Ansteigen der Hetze seit dem 13.8.1961 zu verzeichnen. Es handelt sich überwiegend um ehem. Großbauern.

Neben diesen territorialen Schwerpunkten haben sich während der Schutzmaßnahmen eine Reihe objektmäßige Schwerpunkte neu herausgebildet bzw. verstärkte sich die Feindtätigkeit in den bereits bekannten Objekten.

Universität Greifswald:

- Der Lehrkörper der theologischen Fakultät der Universität Greifswald vertritt mit wenigen Ausnahmen den Standpunkt des Konsistoriums. Maßnahmen der Regierung werden abgelehnt, und es wird versucht, die religiös eingestellte Jugend in diesem Sinne zu beeinflussen.
- Neben der verstärkten Hetze wurde im 5. medizinischen Studienjahr eine Resolution, die sich gegen die Schutzmaßnahmen der Regierung richtet, verlesen. 13 Studenten hatten diese Resolution bereits unterschrieben. Die zwei Rädelsführer wurden verhaftet.
- Die Wahlbeteiligung der Studenten der Wohnheime der Universität Greifswald war schlecht. Insgesamt sind 99 Studenten nicht zur Wahl erschienen. Nach vorliegender Einschätzung sind 80 Studenten bewusst der Wahl ferngeblieben. Davon sind zehn Theologen, 30 Mediziner sowie 40 aus anderen Fachrichtungen - Pharmazie, Physik und Chemie. 90 % der 80 Theologiestudenten benutzten die Wahlkabine.

Universität Rostock:

- Unter der Oberfläche der Angehörigen der Wissenschaftler der Universität Rostock gibt es eine solche Situation, dass eine große Anzahl der Wissenschaftler mit der augenblicklichen Situation nicht einverstanden ist. Es gibt aber bisher noch keine Anzeichen des offenen Ausbruchs. Diese Wissenschaftler sind der Ansicht, dass es sich um einen zeitweiligen Zustand handelt.
- Während der Schutzmaßnahmen hielten sich eine Reihe Wissenschaftler der Universität Rostock in Westdeutschland auf. Fünf Wissenschaftler kehrten von ihrem Urlaub aus WD nicht zurück.
- Darüber hinaus verließen ca. 40 Studenten die DDR illegal, wobei der größere Teil kurz vor den Maßnahmen vom 13.8. diesen Schritt trat.

Häfen im Bezirk Rostock:

- Die Häfen des Bezirkes Rostock bilden vor allem durch das Anlaufen ausländischer Schiffe einen Schwerpunkt. Besonders im Kreis Wismar wurde eine Reihe vor allen Dingen westdeutscher Seeleute wegen Hetze festgenommen.
- Trotz Beschränkung der Genehmigung zum Landgang für negative Seeleute wurden z. B. im Jahre 1961 60 000 Landgangscheine an ausländische Seeleute ausgegeben.
- Von Bord der Schwedenfähre besteht darüber hinaus die Möglichkeit, Tagespassierscheine für die Rügeninsel zu erhalten. Bisher wurden 14 solcher Passierscheine ausgegeben.

VEB Dieselmotorenwerk Rostock:

- Die Produktionserfüllung ist ungenügend. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden bis jetzt 10 % weniger Produktion gebracht.
Die Ursachen zeigen sich in Inaktivität und ideologischen Unklarheiten einiger Betriebsleitungsmitglieder.
Mit dem technischen Leiter *Janzen*, den Chefkonstruktoren *Fries* und *Schöppe* und kaufmännischem Leiter *Dürr* mussten Auseinandersetzungen geführt werden. Alle genannten Personen sind ehemalige Angehörige des Heinkel-Konzerns, die den Standpunkt de »Nur-Fachmannes« vertreten.

Wohnlager Rostock-Langenort:

In den Wohnlagern der Bau-Union, insbesondere des VEB See- und Hafengebäude Rostock-Langenort gab es ein Ansteigen der Verbreitung von Hetze und des Rowdytums – bedingt dadurch, dass in diesem Lager Konzentrationen negativer Personenkreise vorhanden sind.

Es wurde eine Gruppe Jugendlicher festgenommen, die eine sogenannte »Kunoparteibande«² gebildet hatte. Darüber hinaus wurden auf der Straße in Langenort von diesen Jugendlichen Hetzlosungen geschmiert.

II. Bezirksmäßige Probleme, die als Schwerpunkte in Erscheinung traten

VVB Schiffbau:

- Der Rückstand in der Erfüllung des Produktionsplanes des Industriezweiges Schiffsbau beträgt bereits TDM 50 897. Anteilmäßig zum Jahresplan beträgt die Erfüllung nur 59,9 %.
Für die Nichterfüllung der Pläne im Schiffsbau gibt es folgende Ursachen:
 - Der Rückstand der Zulieferindustrie hat sich trotz aller eingeleiteten Maßnahmen auf 15 887 DM erhöht.
 - Es werden neue Objekte, die konstruktiv und technologisch ungenügend vorbereitet wurden, produziert.
 - Fehlen von über 1 000 Produktionsarbeitern.
 - Nichterfüllung der Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Planes »Neue Technik«.³
Die großen Rückstände in der Zulieferindustrie führen zu ständigen Produktionsstörungen in fast allen Werften.
Besonders machen sich die Lieferrückstände aus den Industriezweigen Chemie- und Klimaanlage sowie Dieselmotoren – Pumpen – Verdichter mit über 9 Mio. DM, Elektrotechnik mit über 3 Mio. DM und der örtlichen und privaten Industrie mit 545 TDM bemerkbar.
- Eine Gesamtproduktion von 498,2 Mio. [DM] im Schiffbau ist 1962 in der Auslieferung störanfällig und damit gefährdet. Die VVB Schiffbau Maßnahmen festgelegt, um 1962 störfrei zu sein. Die Zulieferindustrie spielt aber bei der Störfreimachung die wesentliche Rolle. 43 Betrieb Zulieferindustrie für den Schiffbau sind weiterhin störanfällig.
- Besonders störanfällig ist der Schiffbau in Fragen der Ersatzteilbeschaffung für optische Brennschneidemaschinen der Firmen Messer u. Kjellberg⁴ aus Westdeutschland.

- *In der Landwirtschaft ist die Nichterfüllung der Marktproduktion charakteristisch.*
Z. B. wurde das Marktaufkommen bei Schweinefleisch bis zum 8.9.1961 nur mit 83,6 % erfüllt. Das gibt eine Minderleistung von 5 661 t. Der Rückstand der Schweinefleischproduktion erhöhte sich in den letzten Monaten um 1 600 t. Bei Milch besteht ein Rückstand von 31859 t. Die wesentlichsten Ursachen der Nichterfüllung der Pläne liegen in der hohen Viehsterblichkeit, teilweise schlechten Futtergrundlage bei e Vielzahl von LPG und der ungenügenden Arbeit der staatlichen Organe besonders der VEAB und der Vorstände der LPG. Weiterhin liegt die Ursache in unsachgemäßer Fütterung, Haltung, Pflege und Wartung der Viehbestände. Allein in den Tagen kurz nach dem 13.8.1961 verendeten im Bezirk Rostock 26 Kühe und zwei Sterken⁵. Der Schaden beträgt ca. 42 TDM. Die Ursache für die Verendung dieser Kühe liegt im fahrlässigen Umgang mit Gift und unsachgemäßem Auftrieb auf Weiden und Kleeschläge. Die Getreideernte war Mitte September im Wesentlichen abgeschlossen.
Missstände gibt es in der Ablieferung durch ungenügende Organisation des Nachtdrusches seitens des Staatsapparates.
Im Bezirk Rostock bleiben die Ernteergebnisse wesentlich unter denen des Vorjahres zurück. Durch die schlechten Ernteergebnisse in Getre ergeben sich Anzeichen des Zurückhaltens desselben.
Einige LPG treten mit der Ablieferung kurz. Sie vertreten die Meinung, was man auf den Boden hat, ist besser aufgehoben als bei der VEAB gibt aber auch eine Anzahl von gefestigten LPG Typ I, die in der Ablieferung nicht ehrlich sind und versuchen, Geschäfte zu machen. Es gibt auch ein Beispiel, wo in einer LPG Typ I jetzt noch Getreidemieten ungedroschen aus dem vergangenen Jahr gefunden wurden. Das Getreid zum größten Teil verkommen.
- *Es sind verstärkte Versuche – besonders von jungen Menschen aus anderen Bezirken – über die Staatsgrenze Nord mit den Fährschiffen »Saßnig und »Warnemünde«, Booten der Fischereiflotte usw. die DDR illegal zu verlassen, aufgetreten.*
Es gab insgesamt 100 Versuche, die Republik illegal über die Ostsee zu verlassen. Ca. 40 Personen ist es gelungen, während die übrigen 60 verhindert wurden. Von diesen Personen wurde ein Teil festgenommen.
- *Es zeichnet sich ab, dass die Erziehung der Jugend im gesamten Bezirk ein Schwerpunkt darstellt.*
Die negativen Erscheinungen in den Wohnlagern Rostock-Langenort, das Auftreten negativer Jugendlicher auf den Zeltplätzen, das Auftret eines Teiles der Studenten besonders in Greifswald und auch die in der Vielzahl vorhandenen unklaren bzw. negativen Argumente bei der Werbung zur NVA⁶ zeigen das.
Aus der liquidierten Feindtätigkeit ist zu erkennen, dass der größte Teil der festgenommenen Personen im Alter bis zu 25 Jahren sind.
- Die LDPD verhielt sich in verschiedenen Kreisen völlig passiv. Die leitenden Funktionäre der LDPD des Bezirkes z. B. sowie alle Kreissekretäre der gleichen Partei waren während der Zeit der Durchführung der Schutzmaßnahmen in Urlaub und unterbrachen diesen auch nicht. Die Mitglieder dieser Partei waren völlig ungenügend orientiert und traten auch kaum in Erscheinung.
- Das Ministerium für Gesundheitswesen hat zu wenig Einfluss in den Fragen der Störfreimachung auf das medizinische Personal genommen wenig Vorsorge für die Beschaffung von Materialien und Geräten für die medizinische Betreuung aus anderen Ländern getroffen. Dadurch traten schon kurz nach dem 13.8.1961 negative Stimmen auf, wie z. B. der Chef der Zahnklinik Rostock, der behauptete, er müsse seine Zahnklinik zumachen, da er eine Reihe Materialien aus WD nicht mehr beziehen kann.

III. Politisch-ideologische Schwerpunkte

Im Bezirk Rostock steht der größte Teil der Bevölkerung positiv zu den Schutzmaßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und bezeichnete den wirksamen Schlag gegen die Menschenhändler und Grenzgänger als einen entscheidenden Beitrag zur weiteren Festigung und Stärkung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Neben den Zustimmungserklärungen wurden in vielen Betrieben der Industrie und Landwirtschaft Verpflichtungen zur besseren Durchführung der Arbeit abgegeben. Eine geringe Anzahl von Personen äußerte sich jedoch zu den Schutzmaßnahmen auch schwankend bzw. unklar und negativ.

Ein Teil der Mitglieder der LPG Typ I verhielt sich abwartend und äußerte sich nur wenig zu diesen Ereignissen. Es handelt sich hierbei in den meisten Fällen um Bauern, die erst im Frühjahr 1960 beim Abschluss der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft⁷ Genossenschaftsbauern geworden sind. In vereinzelt Fällen wurde das Gerücht verbreitet, dass im Herbst dieses Jahres mit der Auflösung einiger LPG zu rechnen ist.

Obwohl ein großer Teil der Angehörigen der Intelligenz die Maßnahmen vom 13.8.1961 begrüßte, sind in dieser Schicht die meisten schwankenden, unklaren und negativen Meinungen aufgetreten. Der überwiegende Teil der technischen Intelligenz nahm positiv zu den Beschlüssen Stellung.

Im Gegensatz dazu gab es insbesondere unter den Ärzten und den wissenschaftlichen Mitarbeitern der naturwissenschaftlichen Fachrichtungen der Universitäten und Forschungsinstitute Unklarheiten und Schwankungen. Von diesen wurden im Wesentlichen folgende Argumente vorgebracht:

- Durch diese Maßnahmen wurde ihnen die Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen in Westdeutschland unmöglich gemacht.
- Die medizinische Wissenschaft in der DDR würde dadurch weit hinter den internationalen Stand zurückbleiben.
- In der nächsten Zeit sei ein Abbau ihrer Vergünstigungen zu erwarten.
- Ihr Lebensniveau würde auf das der Wissenschaftler der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder herabgedrückt werden, wo es angeblich sehr niedrig sei.

Die Mehrheit der Angehörigen der Mittelschichten verhielt sich in den ersten Tagen nach dem 13.8.1961 abwartend, und es wurden kaum Diskussionen zu den Schutzmaßnahmen geführt.

Danach wurden in diesem Bevölkerungskreis jedoch viele negative Argumente vorgebracht und insbesondere über den Wegfall der Reisen nach WD diskutiert.

Die Geistlichen verhielten sich in den meisten Fällen zu den Schutzmaßnahmen passiv. Die Maßnahmen der Regierung werden abgelehnt, und es wird versucht, die religiös eingestellte Jugend in diesem Sinne zu beeinflussen.

Es muss erwähnt werden, dass ein Teil der Pastoren überhaupt nicht oder erst nach Aufforderung durch Agitatoren zur Wahl erschien.

Von ihnen wurden im Wesentlichen folgende Argumente vorgebracht:

- In der Verfassung der DDR ist keine Wahlpflicht vorgesehen, es kann niemand dazu gezwungen werden.
- Die Wahl der Kandidaten der Nat. Front widerspräche dem christlichen Glauben.
- Die Wahl wäre mit ihrem Gewissen nicht zu vereinbaren.

Bis auf wenige Ausnahmen haben in allen Kreisen des Bezirkes Rostock die Mitglieder der Sekte »Zeugen Jehova« nicht gewählt. ⁸

1

Vgl. Informationen [447/61](#) u. [459/61](#).

2

Im Bezirk Rostock hatte sich die Jugendgruppe »Kuno-Partei-Bande« am 10.8.1961 gegründet. Ihr gehörten nur Jungen an, und ihr äußeres Erkennungszeichen war laut MfS ein »Stoppelhaarschnitt«. Sie fielen durch Schlägereien auf und machten durch Parolen ihrem Unmut über den Mauerbau Luft. Während einer Wirtshauschlägerei, bei der auch negative Äußerungen über die DDR und den Mauerbau fielen, wurden die Jugendlichen von der Volkspolizei festgenommen und vom MfS in Untersuchungshaft genommen. BStU, BV Rostock, AU 137/61, GA Bd. 4.

3

Der Plan Neue Technik (PNT) war ein 1961 eingeführter Plan »zur Koordinierung und Vereinheitlichung der zahlreichen bis dahin üblichen separaten Pläne zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Der PNT war fester Bestandteil sowohl der Fünfjahrespläne als auch der jährlichen Volkswirtschaftspläne und der Betriebspläne. Im Zusammenhang mit der forcierten Bildung von Kombinat wurde er 1977 umbenannt in Plan Wissenschaft und Technik (PWT).« Vgl. Sattler, Friederike: Plan Neue Technik (PNT). In: FDGB-Lexikon. Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945–1990). Hg. v. Dowe, Dieter; Kuba, Karlheinz; Wilke, Manfred. Bearb. v. Kubina, Michael. Berlin 2009. <http://library.fes.de/FDGB-Lexikon> (29.11.2010).

4

Im Original fälschlich »Keljberg«.

5

Plattdeutsch für »junge Kuh«.

6

Unmittelbar nach dem Mauerbau startete u. a. die FDJ eine Kampagne zum »freiwilligen« Eintritt in die NVA. Vgl. Ohse, Marc-Dietrich: Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974). Berlin 2003, S. 34 f.

7

Im April 1960 wurde offiziell die Vollkollektivierung der Landwirtschaft in der DDR verkündet. Zur Berichterstattung des MfS darüber vgl. Munkel, Daniela: Staatssicherheit im »sozialistischen Frühling« 1960. Der Abschluss der Kollektivierung der Landwirtschaft im Spiegel der MfS-Berichte an die SED-Führung. In: Deutschland Archiv 43(2010)3, S. 470–478.

8

Für Zeugen Jehovas gilt unabhängig vom politischen System eine religiös begründete Wahlabstinenz. Zur Situation der Zeugen Jehovas in der DDR vgl. Hirsch, Waldemar: Die Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas während der SED-Diktatur. Unter besonderer Berücksichtigung ihrer Observierung und Unterdrückung durch das Ministerium für Staatssicherheit. Frankfurt/M. u. a. 2003.